15.01.2019

Entschließungsantrag

der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Drucksache 17/4441 – „Mehr Demokratie wagen – Stärkung der Demokratiekompetenz
in der Schule als Garant für eine demokratische Gesellschaft“

Politische Bildung als Querschnittsaufgabe – Bewährtes erhalten und Neues denken

I. Ausgangslage

Politische Bildung beginnt schon in der Familie – im praktischen Erlernen und Erleben menschlichen Zusammenlebens. Menschenwürde, Menschenrechte, Respekt, Toleranz und gemeinschaftliche Regeln haben hier letztlich ihren Ursprung.

Das Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (SchulG NRW), beschreibt darüber hinaus den „Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule“ in § 2 Absatz 4 wie folgt: *„[Die Schule] fördert die Entfaltung der Person, die Selbstständigkeit ihrer Entscheidungen und Handlungen und das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl, die Natur und die Umwelt. Schülerinnen und Schüler werden befähigt, verantwortlich am sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, beruflichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen und ihr eigenes Leben zu gestalten.“* Absatz 8 führt fort: *„Die Schule ermöglicht und respektiert im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unterschiedliche Auffassungen.“* Die Kultusministerkonferenz formuliert den Anspruch, die Schule müsse *„ein Ort sein, an dem demokratische und menschenrechtliche Werte und Normen gelebt, vorgelebt und gelernt werden.“*¹

Das Erlernen und Erfahren von Demokratie in der Schule stellt eine zentrale Querschnittsaufgabe dar. Alle Lehr- und weiteren unterstützenden Fachkräfte sind in ihrem

¹ Kultusministerkonferenz: Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule, Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018, S. 3.

Datum des Originals: 15.01.2019/Ausgegeben: 15.01.2019

Handeln unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie verpflichtet. Damit ist Politische Bildung als Unterrichtsprinzip für alle Fächer relevant. Diese erfolgt im Rahmen der schulpraktischen Anwendung des „Beutelsbacher Konsenses“. Neben dem Überwältigungsverbot und der Subjektorientierung enthält er auch das Kontroversitätsgebot.

Zur schulischen wie außerschulischen Politischen Bildung gehört die Vermittlung der Fähigkeit, andere Positionen nachzuvollziehen, zu verstehen und zu reflektieren. Respekt vor Freiheit und Meinung der Anderen bedeutet jedoch nicht Beliebigkeit und Neutralität. Politischer Extremismus von links oder rechts und Radikalismus jeglicher Couleur sind mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, dem Schulgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen und dem Beutelsbacher Konsens nicht vereinbar. Diesen Grundsätzen ist die NRW-Koalition aus tiefster Überzeugung verpflichtet.

Der Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Mehr Demokratie wagen – Stärkung der Demokratiekompetenz in der Schule als Garant für eine demokratische Gesellschaft“ (Drucksache 17/4441) versucht letztlich zu suggerieren, dass die NRW-Koalition mit der Stärkung der Ökonomischen Bildung eine Schwächung der Politischen Bildung in der Schule in Kauf nimmt – dies ist unzutreffend. Vielmehr stellt der Antrag der eigenen rot-grünen Regierungszeit zwischen 2010 und 2017² ein schlechtes Zeugnis aus. So dokumentiert er aus Sicht der antragstellenden Fraktionen den nachrangigen und defizitären Status „politischer Themen“ in der Sekundarstufe I der nordrhein-westfälischen Schulformen Gymnasium, Gesamtschule und Realschule.

Die dargestellten Befunde beruhen im Kern auf Analysen von Studentafeln und Kernlehrplänen. Die Autoren der dem Antrag zugrundeliegenden Studie haben jedoch keine Kenntnis darüber, wie die Rahmenvorgaben der Kernlehrpläne an den Schulen umgesetzt werden: *„Daten über die beiden Ebenen Schule und Unterricht liegen nach unserem Wissensstand nicht vor.“*³ Trotzdem wird eine Gültigkeit der Erkenntnisse für alle Schulen der Schulformen Gymnasium, Gesamtschule und Realschule (und darüber hinaus) behauptet. So haben Gökbudak und Hedtke unter anderem Haupt- und Sekundarschulen, Bildungsgänge in der Sekundarstufe II und an Berufskollegs nicht untersucht und auf die Einbeziehung des Wahlpflichtbereiches an den untersuchten Schulformen verzichtet.

Das zeigt: Die allgemeinen Forderungen des Antrags nach einer *„Stärkung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer gleichermaßen über alle Schulformen hinweg“* und der *„Stärkung der Demokratiebildung in den Sozialwissenschaften, indem der Anteil politischer Themen im Fach Sozialwissenschaften auf 50 % angehoben wird“*, entbehrt einer fundierten Datengrundlage.

Zudem ist die Herleitung dieser Forderung des Antrags aus der Studie von Gökbudak und Hedtke nicht nachvollziehbar und es werden Begriffe falsch benutzt: Weder existiert der Begriff „Sozialwissenschaften“ in den Kernlehrplänen der Sekundarstufe I als „Überkategorie“ noch werden alle Schulformen von der Studie untersucht. Die im Antrag beschriebene „Demokratiebildung“ ist eine Verengung der in den Kernlehrplänen vorgesehenen gesellschaftswissenschaftlichen Fächer und wird so nicht in der Studie erfasst. Zudem verzichten die Autoren der Studie darauf, die vorgenommene Klassifizierung als Grundlage der Berechnungen sowie einen aufgeschlüsselten Datenanhang offenzulegen.

² Als Stichtag für die den aufgestellten Thesen zugrundeliegenden Untersuchungen wird der 30. Juli 2017 genannt; vgl. Mahir Gökbudak und Reinhold Hedtke 2017: 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen, Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Paper No. 6, Universität Bielefeld, S. 3.

³ Ebd., S. 5.

Gökbudak und Hedtke schreiben in Bewertung des in der rot-grünen Regierungszeit unverändert gebliebenen Kernlehrplans für das Fach Politik/Wirtschaft an Gymnasien (Sekundarstufe I) nüchtern: *„Mit Blick auf die tatsächliche thematische Gewichtung in den curricularen Vorgaben müsste das Fach ‚Politik/Wirtschaft‘ in ‚Wirtschaft/Politik‘ umbenannt werden – jedenfalls dann, wenn Schulfachnamen sachgerecht informieren sollen.“*⁴ Als besonders „wirtschaftsaffin“ identifiziert die Studie das Fach Politik/Wirtschaft an der Gesamtschule. Dessen Kernlehrplan wurde 2011 von der damaligen Ministerin für Schule und Weiterbildung, Sylvia Löhrmann, in Kraft gesetzt.

Wenn SPD und Grüne nun eine vermeintliche nachgeordnete Behandlung von „Politik“ monieren und eine Stärkung der „Politischen Bildung im Sinne der Demokratiebildung“ fordern, ist dies eine in der Opposition erlangte Erkenntnis, da in der Zeit der Regierungsverantwortung keine Handlungsnotwendigkeit gesehen wurde.

Gökbudak und Hedtke attestieren den Fächern „Politik“ und „Politik/Wirtschaft“ im letzten Jahr der rot-grünen Regierungszeit „eine einzigartige Position“ – im negativen Sinne – innerhalb des Fächerkanons: *„Im Schuljahr 2016/17 war an Realschulen 62,7 %, an Gesamtschulen 64,7 % und an Gymnasien 27,2 % des Unterrichts in diesen beiden Fächern fachfremd.“*⁵ In keinem anderen Fach werde ein so hoher Anteil an fachfremd erteiltem Unterricht gemessen. Die nun im Antrag geforderte *„Durchführung des Fachunterrichts in den Gesellschaftswissenschaften durch grundständig ausgebildete Fachlehrerinnen und Fachlehrer sowie die Überprüfung dieser Maßnahme durch die Bezirksregierungen“* fand zu diesem Zeitpunkt nicht statt. Auch sind bezüglich der Lehrerversorgung unter der rot-grünen Vorgängerregierung schwere Versäumnisse erfolgt, welche die Schulen auf Jahre hinaus belasten werden.

Die NRW-Koalition hingegen legt großen Wert auf die Fachlichkeit der Lehrkräfte in allen Fächern. Daher werden große Anstrengungen unternommen, um trotz der angespannten Lage der Personalversorgung eine Unterstützung der Schulen durch Fachkräfte sicherzustellen.

Für die NRW-Koalition steht außer Frage, dass die Stärkung ökonomischer Bildung nicht zulasten anderer Inhalte und Fächer im gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich geht. Daher begrüßen wir die Planungen des Schulministeriums zu fünf zusätzlichen Wochenstunden in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern an den Gymnasien im Vergleich zu G8, die Erhöhung um eine Stunde im Vergleich zum „alten G9“ sowie zur Erhöhung des Stundenumfanges der jeweiligen Fächergruppen in den weiteren Schulformen der Sekundarstufe I.

Im Rahmen der Kernlehrpläne und anderer schulrechtlicher Rahmenseetzungen werden die von der KMK gefassten Beschlüsse miteinbezogen und umgesetzt.

Die im Antrag behauptete nachrangige Behandlung von „Politik“ gegenüber „Wirtschaft“ im Zuge der von der NRW-Koalition begonnenen Stärkung der Ökonomischen Bildung im Rahmen eines „Faches Wirtschaft“ wird nicht schlüssig belegt und ist unzutreffend. Vielmehr werden die Kernlehrpläne in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern verantwortungsvoll weiterentwickelt und dabei auch die Stellung der politischen Bildung gefestigt.

II. Beschlussfassung

⁴ Ebd., S. 12.

⁵ Ebd., S. 2.

Der Landtag stellt fest:

- Zentrale Aufgabe von Schule ist es, junge Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft vorzubereiten und sie darin zu befähigen, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse verantwortungsvoll mitzugestalten. Dazu tragen alle Fächer, insbesondere auch die Fächer des gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereichs bei. Eine erweiterte Schwerpunktsetzung für und daraus folgend innerhalb dieser Fächergruppe ändert diese Zielsetzung und Verpflichtung nicht.
- Schule ist kein wertneutraler Ort. Das pädagogische Handeln in Schulen erfolgt auf der Grundlage bzw. im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und wird wie jüngst von der KMK bestätigt, *„von demokratischen Werten und Haltungen getragen, die sich aus den Grundrechten des Grundgesetzes und aus den Menschenrechten ableiten lassen. [...] Ziel der Schule ist es daher, das erforderliche Wissen zu vermitteln, Werthaltungen und Teilhabe zu fördern sowie zur Übernahme von Verantwortung und Engagement in Staat und Gesellschaft zu ermutigen und zu befähigen.“* (KMK 2018, S. 5)
- Der Rückbezug zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und die Vermittlung demokratischer Werte ist zentraler, bleibender Auftrag und seit Jahrzehnten gelebte Praxis in Schul- und Unterrichtsentwicklung und Aufgabe aller Fächer. Sie findet sich darüber hinaus im Schulalltag und ebenso als Aufgabe in außerschulischen Angeboten wieder. Besuche von politischen Institutionen und die Teilnahme an Angeboten der außerschulischen politischen Bildung sind daher – im Rahmen der pädagogischen Freiheit von Schulen – ausdrücklich erwünscht.
- Fachspezifische Fortbildungen sowie Lern- und Unterrichtsmaterialien werden im Bereich der Gesellschaftswissenschaften kontinuierlich weiterentwickelt und Veränderungen in den Kernlehrplänen hierbei berücksichtigt.
- Die Kritik, dass mit der Etablierung eines „Faches Wirtschaft“ Politik der Wirtschaft untergeordnet würde, läuft ins Leere. Die von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN suggerierte vermeintlich intendierte Beschränkung von Inhalten der Politischen Bildung ist weder beabsichtigt noch findet sie statt.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung,

- die Kernlehrpläne in den Gesellschaftswissenschaften mit Blick auf den gesamten Fächerkanon verantwortungsvoll weiterzuentwickeln;
- die Einführung des Faches „Wirtschaft“ entlang der vorgestellten Kriterien umzusetzen;
- die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften insbesondere für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer mit Blick auf eine Stärkung der Fachlichkeit, aber auch bezogen auf die zentrale Aufgabe der Demokratiebildung, weiterzuentwickeln und dabei alle relevanten Akteure miteinzubeziehen,
- in der Politischen Bildung Schulen zu ermutigen, verstärkt mit anerkannten außerschulischen Trägern in Ergänzung schulischer Angebote zu kooperieren und den Besuch politischer Institutionen und deren Bildungsangebote zu empfehlen.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Petra Vogt
Frank Rock
Martin Sträßer

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Franziska Müller-Rech

und Fraktion